

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa Newsletter

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations
Member of the Fundamental Rights Platform (FRP) of the European Union Agency for Fundamental Rights
Member of the Federal Union of European Nationalities (FUEN)



Nr. 16 | Mai 2017 | Jahr 13

Türkische Minderheit von West-Thrakien nahm am FUEN Kongress 2016 teil



Im Zuge des Kongresses, an dem die ABTTT, die BTAYTD und die DEB-Partei als ordentliche Mitglieder der FUEN teilgenommen und die türkische Minderheit von West-Thrakien vertreten haben, wurde der ABTTT-Präsident Halit Habip Oğlu erneut zum Vizepräsidenten der FUEN gewählt.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTT) nahm vom 18. bis 22. Mai 2016 in der polnischen Stadt Wrocław/Breslau am 61. Kongress der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) teil. Während des Kongresses, der durch den Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen (VDG), der Dachverband der deutschen Minderheit in Polen, als Gastgeber veranstaltet wurde, wurde die türkische Minderheit seitens der Föderation der West-Thrakien Türken in

Europa (ABTTT), der Vereinigung der Hochschulabsolventen der Minderheit von West-Thrakien (BTAYTD) und der Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEB) Partei gemeinsam vertreten. An diesem Kongress, an dem mehr als 150 Vertreter von den 54 Minderheitenorganisationen aus 27 verschiedenen Ländern Europas teilgenommen haben, haben von der ABTTT der Präsident Halit Habip Oğlu, die beiden Vizepräsidenten Mehmet Hüseyin und Mustafa Kasap sowie der Hauptgeschäftsstellenleiter K. Engin Soyuyılmaz, von der BTAYTD Onur Mustafa Ahmet und von der DEB-Partei Sinan Kavaz teil. Als Vertreter der auf den Inseln Rhodos und Kos lebenden Türken war unter den Teilnehmern auch Prof. Dr. Mustafa Kaymakçı, Vorsitzender des Kultur- und Solidaritätsvereins der Türken auf Rhodos, Kos und den Dodekanes-Inseln, ebenfalls ein ordentliches Mitglied der FUEN, dort anwesend. Während der Delegiertenversammlung, die im Rahmen dieses Kongresses veranstaltet wurde,

INHALT

Türkische Minderheit von West-Thrakien nahm am FUEN Kongress 2016 teil
..... **Seiten 1-2**



ABTTT zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel **Seite 3**



Mitglieder des Europäischen Parlaments und internationale Nichtregierungsorganisationen zu einem Erkundungsbesuch in West-Thrakien **Seiten 4-5**



In Zusammenarbeit zwischen der ABTTT und UNPO eine Konferenz im Europäischen Parlament veranstaltet
..... **Seite 6**



3. Jahrestagung der Arbeitsgruppe türkischer Minderheiten/Gemeinschaften innerhalb der FUEN fand in Berlin statt
..... **Seite 7**



ABTTT reichte eine schriftliche Erklärung an den UN-Menschenrechtsrat
..... **Seite 8**



ABTTT zu einem Arbeitsbesuch in Straßburg **Seite 9**



Religiöse Autonomie der West-Thrakien Türken seitens der griechischen Regierung Schritt für Schritt vernichtet
..... **Seite 10**



FUEN verurteilte die Haltung der griechischen Behörden gegen die gewählten Muftis der West-Thrakien Türken **Seite 11**



Die historische Moschee in Didymoticho beim ausgebrochenen Brand schwer beschädigt **Seite 12**



ABTTF-Nachrichten

wurde der neue Präsident der FUEN für die nächsten drei Jahre gewählt. Unterdessen wurde Halit Habip Oğlu erneut zum stellvertretenden Vizepräsidenten der FUEN gewählt.

Während des Kongresses kamen die Mitglieder der Arbeitsgruppe türkischer Minderheiten/Gemeinschaften (TAG) innerhalb der FUEN am Abend des 19. Mai bei einer Beratungssitzung zusammen. Bei der Sitzung unter der Leitung des FUEN-Vizepräsidenten Halit Habip Oğlu, der gleichzeitig auch der Sprecher der FUEN-TAG ist, wurden der Inhalt und die Organisation der 3. Jahrestagung der FUEN-TAG sowie die vorgesehenen Tätigkeiten festgelegt.

**ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu
erneut zum Vizepräsidenten der FUEN
bei der Delegiertenversammlung
gewählt**

Im Laufe der am Samstag, den 21. Mai 2016 auf der Delegiertenversammlung durchgeführten Wahlen des aus sieben Mitgliedern bestehenden Präsidiums wurde der ABTTF-Präsident Herr Halit Habip Oğlu erneut zum Vizepräsident der FUEN für eine dreijährige Amtszeit gewählt. Der gegenwärtige Vizepräsident der FUEN Lorant Vincze, internationaler Sekretär der Demokratischen Allianz der Ungarn in Rumänien wurde zum neuen Präsident der FUEN gewählt. Damit wurde er Nachfolger von Hans Heinrich Hansen, der dieses Amt seit acht Jahren erfolgreich bekleidete.

Die Resolutionen, die seitens der ABTTF, der BTAYTD und der DEB-Partei zusammen als Delegation der türkischen Minderheit von West-Thrakien über die systematischen Verletzung der anhand der bilateralen und multilateralen Verträge sichergestellten Bildungs- und Religionsautonomie durch die griechische Regierung sowie über den Schutz der muttersprachlichen Bildung der Minderheit, Probleme im Bereich der Bildung, Religion, Stiftungen und Kulturerben der auf Rhodos, Kos und den Dodekanes-Inseln lebenden Türken



wurden durch die Stimmen der Delegierten angenommen.

**Mitgliederzahl der FUEN hat sich auf
94 erhöht**

Während der Delegiertenversammlung der FUEN wurden die beiden Organisationen, und zwar das Institut der Cham der in Albanien lebenden Cham-Minderheit und die Autonome Ethnische Vereinigung der in Slowenien lebenden ungarischen Minderheit „Pomurje“ durch die Stimmen der Delegierten als ordentliche Mitglieder der FUEN aufgenommen. Weiterhin wurde der Status der internationalen Gesellschaft der Türkmescheden „VATAN“ in Form einer assoziierten

Mitgliedschaft sowie von dem Verein der Türkmescheden in Aserbaidschan „VATAN“ in Form einer Fördermitgliedschaft ihrem Antrag entsprechend und einstimmig zur ordentlichen Mitgliedschaft umgeändert. Der nächste FUEN-Kongress 2017, dessen Gastgeber der in Rumänien lebenden ungarischen Minderheit ist, in der Stadt Cluj stattfinden.

Als ABTTF-Vorstand gratulieren wir dem ABTTF-Präsidenten Halit Habip Oğlu zur erneuten Wahl des Vizepräsidenten der FUEN und wünschen ihm bei seinen weiteren Bemühungen viel Erfolg.

ABTTF zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) war am 8. März 2017 zu einem Arbeitsbesuch im Herzen der Europäischen Union (EU), Brüssel. Im Rahmen des Arbeitsbesuches hat ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu unter Begleitung von K. Engin Soyılmaz, Hauptgeschäftsstellenleiter der ABTTF, neben den Abgeordneten des EU-Parlaments Pal Csaky (EPP Slowakei) aus der ungarischen Minderheit in der Slowakei, Csaba Sogor (EPP, Rumänien) aus der ungarischen Minderheit in Rumänien, Tatjana Zdanoka (Grünen/EFA, Lettland) aus der russischen Minderheit in Lettland, Nils Torvalds (ALDE, Finnland) aus der schwedisch sprechenden Minderheit in Finnland, Herbert Dorfmann (EPP, Italien) aus der deutschen Minderheit in Italien auch mit Michael Privot, Direktor des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus (ENAR), über dessen Mitgliedschaft die ABTTF verfügt, gesprochen.

Es wurden dabei die aktuellen Entwicklungen über die türkische Minderheit in West-Thrakien auf den Tisch gelegt

Bei den im Rahmen dieses Arbeitsbesuches durchgeführten Gesprächen wurden einerseits die jüngsten Entwicklungen über die türkische Minderheit angesprochen, wobei die Themen bezüglich der Zusammenarbeit des Jahres 2017 auch erörtert wurden. Bei diesem Anlass hat der Präsident der ABTTF Halit Habip Oğlu zum Ausdruck gebracht, dass die griechische Regierung eine Pilotanwendung demnächst ins Leben rufen wird, welche vorsieht, ein Mitglied der West-Thrakien Türken, das eine der Hochschulen in Griechenland mit Erfolg absolviert hat und über die griechische sowie türkische Sprache verfügt, in sechs staatlichen Kindergärten, die die



Kinder der türkischen Minderheit von West-Thrakien besuchen, mit einem griechischen Kindergartenlehrer zusammenzuarbeiten. Somit wird der Anspruch der türkischen Minderheit von West-Thrakien über die Eröffnung der zweisprachigen Kindergärten, und zwar türkisch und griechisch, beharrlich ignoriert und die Bildungsautonomie noch einmal verletzt.

Weiterhin vermerkte Habip Oğlu auch, dass die griechische Regierung die seitens der türkischen Minderheit von West-Thrakien gewählten Muftis gegenwärtig nicht anerkennt. In Anbetracht der letzten Entwicklungen wird die Anwendung die religiöse Autonomie der türkischen Minderheit nach und nach aus der Welt schaffen, in dem die Muftis laut dem im Jahre 2013 in Kraft getretenen sog. "240 Imam-

Gesetz" seitens der als Vertragsbeamte beauftragten Geistlichen gewählt und in Anschluss daran ernannt werden sollen.

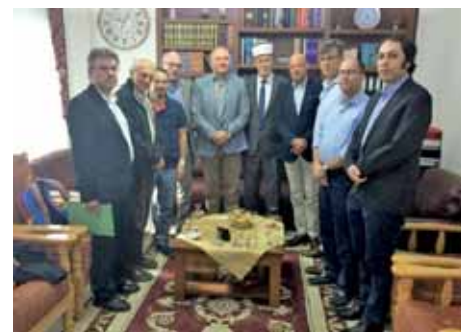
Habip Oğlu teilte auch mit, dass die gegen die türkische Minderheit gerichteten Hass- sowie Diskriminierungsreden fort dauern. Das letzte Beispiel dafür, dass der Vorsitzende des Basketballföderation Griechenlands Yorgos Vasilakopulos die Entscheidung getroffen hat, das Endspiel des Basketballpokals aufgrund von Bedenken nicht in der Stadt Xanthi, die sich in einer sensiblen Gegend befindet und wo es geplant war, austragen zu lassen, in der Annahme, dass die Minderheit gewalttätige Handlungen begehen könnte.

Mitglieder des Europäischen Parlaments und internationale Nichtregierungsorganisationen zu einem Erkundungsbesuch in West-Thrakien

Während des durch die ABTTF durchgeführten Erkundungsbesuchs untersuchten die Mitglieder des Europäischen Parlaments und Vertreter der internationalen Nichtregierungsorganisationen vor Ort die Probleme der türkischen Minderheit von West-Thrakien.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) führte vom 19.-22. September 2016 mit einer Delegation, die aus zwei Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MEP) und Vertretern der internationalen Nichtregierungsorganisationen besteht, einen Erkundungsbesuch in West-Thrakien durch. Während des Erkundungsbesuchs beobachtete die Delegation vor Ort die grundsätzlichen und aktuellen Probleme der türkischen Minderheit von West-Thrakien.

Die vom ABTTF Präsidenten Halit Habip Oğlu geleitete Delegation befanden sich der MEP Nils Torvalds (ALDE), der der schwedisch sprechenden Minderheit in Finnland angehört, der MEP Pal Csaky (EPP), ein Angehöriger der ungarischen Minderheit in der Slowakei (EPP), Marino Busdachin, Generalsekretär der Organisation Nicht-repräsentierter Nationen und Völker (UNPO), Miguel Martinez Tomey, Vorstandsmitglied der politischen Denkfabrik Centre Maurits Coppieters (CMC) und gleichzeitig Vizepräsident der Freien Europäischen Allianz (EFA) und Panayote Dimitras, Sprecher des Griechischen Helsinki Monitors, eine der bekanntesten Zivilgesellschaftsorganisationen Griechenlands im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte. Am ersten Tag des Erkundungsbesuchs, an dem Mehmet Hüseyin, Vizepräsident der ABTTF, K. Engin Soyylmaz, Hauptgeschäftsstellenleiter der ABTTF und Ali Ali Çavuş, Mitglied der internationalen Arbeits- und Lobbygruppe der ABTTF auch teilnahmen, traf sich die Delegation mit dem



gewählten Mufti von Komotini Ibrahim Şerif in seinem Arbeitsbüro und hatte anschließend ein gemeinsames Meeting mit der Kultur- und Bildungsgesellschaft der Minderheit von West-Thrakien, der Vereinigung der Universitätsabsolventen der Minderheit von West-Thrakien und der Union der Türkischen Lehrer von West-Thrakien, um die Probleme im Bildungsbereich zu erfahren. Die Delegation besuchte danach die Türkische Jugendunion von Komotini und erkundigte sich nach dem rechtlichen und politischen Kampf des Vereins, der nur aufgrund dessengeschlossen wurde, weil die Bezeichnung des Vereins den Begriff

„türkisch“ beinhaltet. Die Delegation besuchte auch die türkischen und griechischen Dörfer in Komotini und am Nachmittag die Türkische Union von Xanthi, um die Geschichte des Vereins, der wiederum aufgrund der Vereinsbezeichnung mit dem Begriff „türkisch“ geschlossen wurde, aus dem Mund der Zuständigen zu hören. Nach mehr als zwanzig Jahre andauerndem juristischen Kampf gelang es dem Verein, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte den geführten Prozess gegen die Schließung zu gewinnen. Am Abend des ersten Tages kam die Delegation in den Räumlichkeiten der

Union der Türkischen Lehrer von West-Thrakien mit den Medienvertetern der türkischen Minderheit zusammen.

Nachdem die Mitglieder des Europäischen Parlaments bereits am zweiten Tag aufgrund ihres vollen Programms abreisen mussten, wurde der Bekundungsbesuch durch die teilnehmenden Zivilgesellschaftsorganisationen fortgesetzt. Die Vertreter von UNPO, CMC und GHM traf sich am zweiten Tag zuerst mit der Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEB) Partei, die die türkische Minderheit von West-Thrakien im politischen Bereich vertritt, in ihrem Hauptsitz in Komotini. Die DEB Partei, die auch ein Mitglied von EFA ist, informierte die Delegation über die Politik Griechenlands der türkischen Minderheit gegenüber, wobei sie unterstrich, dass diese Politik, die mehrere Probleme in sich verbirgt, dringend geändert werden muss. Danach fuhr die Delegation nach Didymoteicho, um dort den Sport-, Kultur-, und Bildungsverein der Muslime in Didymoteicho und anschließend



die Çelebi Sultan Mehmet Moschee (Beyazit Moschee) zu besichtigen sowie sich nach der Situation der in der Stadt und Umgebung

lebenden türkischen Minderheit zu erkundigen.

Pilotanwendung in sechs staatlichen Kindergärten in West-Thrakien

Halit Habip Oğlu: "Unsere Forderung lautet sehr eindeutig: Im Rahmen des Minderheiten-Schulsystems fordern wir die Eröffnung zweisprachiger Minderheitenkindergärten."

Das Institut der Bildungspolitik, welches der Aufsicht des Ministerium für Bildung Griechenlands unterliegt, hat bereits angekündigt, eine Pilotanwendung in 6 staatlichen Kindergärten in einer Region, in der die Kinder der türkischen Minderheit der West-Thrakien Türken leben, ins Leben zu rufen, die vorsieht, dass ein Mitglied der Minderheit, das eine der Hochschulen Griechenlands absolviert hat und über beide Sprachen verfügt, mit einem in der Klasse eines Kindergartens tätigen Lehrer zusammenarbeitet. Laut der seitens des genannten Instituts angekündigten Erklärung sollen sich die Minderheitenkinder anhand dieser Pilot-Anwendung, die im Laufe des restlichen Schuljahres in 6 staatlichen Kindergärten umgesetzt werden soll, an einen Kindergarten besser anpassen, die ja sonst über keine andere Wahlmöglichkeit verfügen, außer einen



staatlichen Kindergarten zu besuchen. Das Institut hat bereits angekündigt, dass diese Anwendung, die nun in 6 Kindergärten stattfindet, sich im nächsten Schuljahr auf 12 Kindergärten erhöhen wird. Die Ergebnisse dieser Pilotanwendung sollen am Ende des Bildungsjahres bewertet und die erforderlichen Empfehlungen an das Ministerium weitergeleitet werden.

In diesem Zusammenhang hat der Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Halit Habip Oğlu folgendes mitgeteilt: "Die vorgesehene Tätigkeit eines Mitglieds der Minderheit, das sowohl über die türkische wie auch griechische Sprache verfügt, im Rahmen der Praktizierung der erwähnten Pilot-Anwendung in 6 staatlichen Kindergärten innerhalb einer Region, dort, wo die türkische Minderheit lebt, ist ein Indiz dafür, dass die Anforderung unserer Minderheit über die Gründung zweisprachiger

Kindergärten beharrlich ignoriert wird. Trotz aller Einmischungen der Regierung und des Landes befindet sich unsere Minderheit immer noch im Bereich der Bildung und Religion in einem autonomen Status. In Anbetracht dieses autonomen Status fordern wir die Regierung dazu auf, im Rahmen des Minderheiten-Schulsystems die Gründung zweisprachiger Kindergärten für Minderheiten zu genehmigen, anstatt ein Mitglied der Minderheit, das eine Hochschule mit Erfolg absolviert hat und über die türkisch-griechische Sprache verfügt, für unsere Kinder, die ohne Berücksichtigung der erwähnten Autonomie-Struktur wahllos einen staatlichen Kindergarten besuchen müssen, mit einem griechischen Lehrer zusammenarbeiten soll. Unsere Anforderung lautet so klar und deutlich. Wir fordern die Zuständigen dazu auf, ohne Ignorierung der autonomen Struktur im Bildungsbereich uns das Recht zu gewähren, damit eine muttersprachliche Bildung in der Phase der Vorschulerziehung stattfinden kann. Dafür müssen die Kindergärten für Minderheiten gegründet werden, in denen unsere Kinder zweisprachig, und zwar türkisch und griechisch gebildet werden können".

In Zusammenarbeit zwischen der ABTTF und UNPO eine Konferenz im Europäischen Parlament veranstaltet

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat am 2. März 2016 zusammen mit der Organisation der nicht-repräsentierten Nationen und Völker (UNPO) im Europäischen Parlament (AP) in Brüssel eine gemeinsame Konferenz veranstaltet. Der Gastgeber dieser Veranstaltung zwischen 15:00-17:00 Uhr zum Thema „Die Vereinigungsfreiheit in Griechenland: Eine Lücke in den Standards der Minderheitenrechte in Europa“ war das EP-Mitglied Csaba Sógor (EPP).

Während der Konferenz mit einer intensiven Beteiligung haben das EP-Mitglied Nils Torvalds (ALDE), der Präsident der ABTTF Halit Habip Oğlu, die Direktorin der internationalen Angelegenheiten der ABTTF Melek Kirmacı Arık, Eugenia Natsoulidou, die Aktivistin und Gründerin der mazedonischen Bildungs- und Kulturbewegung von Edessa, Panayote Dimitras, Sprecher des Greek Helsinki Monitors und die Programmmanagerin der UNPO Johanna Green jeweils eine Rede gehalten.

Thematik der Verletzung der Vereinigungsfreiheit in Griechenland auf Grundbasis der Nichtanerkennung der ethnischen Identität erörtert

Da die Konferenz mit dem Protest von drei griechischen EP-Mitgliedern, die der Partei der Goldenen Morgenröte angehören, und mit einem Wortgefecht mit dem Gastgeber MEP begann, verurteilte Sógor diese Attacke heftig. Er setzte fort, dass Europa nicht nur einer Wirtschaftskrise, sondern auch einer sozialen und moralischen Krise



ausgesetzt ist. Er fügte hinzu, dass die Minderheitenprobleme im 21. Jahrhundert immer noch andauern werden, obwohl in Europa mehr als 40 Millionen Menschen einer Minderheit angehören, und Griechenland in Bezug auf die Minderheitenrechte über ein negatives Strafregister verfügt.

Der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu ergriff danach das Wort und brachte seinen herzlichen Dank an den Gastgeber MEP und die Redner. Er unterstrich, dass in Bezug auf die Minderheitenrechte eine ernsthafte Kluft zwischen Rhetorik und Umsetzung existiert. Er wies besonders darauf hin, dass die Minderheitenrechte durch die Flüchtlingsprobleme nicht in Vergessenheit geraten sollten. MEP Torvalds sprach die Probleme der Minderheiten kurz an und informierte die Teilnehmer über die Probleme der Minderheiten insgesamt, jedoch hauptsächlich über die Probleme der schwedischen Minderheit in seinem Land Finnland.

Melek Kirmacı Arık, Direktorin der internationalen Angelegenheiten der ABTTF wies darauf hin, dass die Grundlage der Verletzung der Vereinigungsfreiheit der türkischen Minderheit in Griechenland auf der ethnischen Identität basiert. Sie vermerkte besonders, dass die Türkische Union von Xanthi, der

Kulturverein der türkischen Frauen von Rodopi und der Jugendverein der Minderheit von Evros nur deshalb geschlossen oder ihre Gründung seitens der griechischen Gerichte allein aus dem Grund abgelehnt worden ist, weil ihre Vereinsnamen den Begriff „türkisch“ beinhalten. Weiterhin teilte Kirmacı Arık mit, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Jahre 2006 und 2007 Beschlüsse gegen Griechenland getroffen hat, die bis zum heutigen Datum leider nicht umgesetzt wurden. Aus diesem Grund sollte die Europäische Union mehr Mühe aufbringen als je zuvor.

Eugenia Natsoulidou, Aktivistin und Gründerin der mazedonischen Bildungs- und Kulturbewegung von Edessa erwähnte die Verletzung der Vereinigungsfreiheit der mazedonischen Minderheit und Probleme des mazedonischen Kulturhauses. Der Sprecher des Greek Helsinki Monitors Panayote Dimitras hat die Haltung der Vereinten Nationen(UNO) und des Europarates über die systematische Verletzung der Vereinigungsfreiheit durch Griechenland angesprochen. Dimitras teilte mit, der Europarat mittels EGMR und sein Ministerkomitee Griechenland permanent kritisiert. Auch die Vereinten Nationen haben gegen Griechenland Empfehlungsbeschlüsse getroffen haben. Dimitras brachte zur Sprache, dass die griechischen Behörden die 1927 gegründete Türkische Union von Xanthi ca. 60 Jahre später nach ihrer Gründung nur aufgrund ihres Vereinsnamens schließen werden wollen. Griechenland wollte damit eindeutig ankündigen, „dass solche Beschlüsse für Griechenland gar keinen Sinn machen“, so Dimitras.

3. Jahrestagung der Arbeitsgruppe türkischer Minderheiten/Gemeinschaften innerhalb der FUEN fand in Berlin statt

ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu als Vizepräsident der FUEN und der ABTTF-Vizepräsident Sebahattin Mümin haben sich mit den anderen in Europa lebenden türkischen Minderheiten/Gemeinschaften in Berlin getroffen.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat an der 3. Jahrestagung der Arbeitsgruppe türkischer Minderheiten/Gemeinschaften (TAG) innerhalb der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) vom 14.-17. November 2016 in Berlin, der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, teilgenommen. An der Tagung nahm der Präsident der ABTTF Halit Habip Oğlu als Vizepräsident der FUEN teil. Die ABTTF wurde hierbei durch den Vizepräsident Sebahattin Mümin vertreten. Im Namen des FUEN-TAG Sekretariats haben K. Engin Soyılmaz, Hauptgeschäftsstellenleiter der ABTTF, und Demet Öcal, die Sekretärin der ABTTF, waren bei dieser Tagung auch anwesend.

Ebenfalls haben an dieser Tagung, die die in den unterschiedlichen Ländern Europas lebenden türkischen Minderheiten/Gemeinschaften zusammenbrachte, wurden die ABTTF, die Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEB) Partei und die Vereinigung der Hochschulabsolventen der Minderheit von West-Thrakien (BTAYTD) als Vertreter der türkischen Minderheit von West-Thrakien teilgenommen. Die in Russland und Aserbaidschan lebenden Türkmescheten, die Karachay-Balkaren aus Russland, die Krimtataren und



Krimkaraäer aus der Ukraine waren dabei als Mitgliedsorganisationen der FUEN beteiligt. Die in Kosovo und Bulgarien lebenden Türken waren zum ersten Mal dort vorstellig.

Teilnehmer haben sich die Probleme, mit denen sie sich bezüglich des Anspruchs zum Erlernen der Muttersprache und der muttersprachlichen Bildung auseinandersetzen, untereinander ausgetauscht

Nach einer gelungenen Stadtrundfahrt, unter Einschluss eines Besuches vom Deutschen Bundestag und des Brandenburger Tores haben neben den Teilnehmern auch der FUEN-Präsident Lorant Vincze und Eva Adel Penzes, Leiterin des FUEN-Büros und der AGDM-Koordinierungsstelle in Berlin, am zweiten Tag an der 3. Jahrestagung

der FUEN-TAG, die in den Räumlichkeiten des Geschäftsgebäudes des Bundesinnenministeriums stattgefunden hat, teilgenommen.

Das Grußwort der Tagung hat Halit Habip Oğlu, der FUEN-Vizepräsident, übernommen. Danach hat Lorant Vincze, Präsident der FUEN, die Teilnehmer über die Bemühungen der FUEN unterrichtet und hinzugefügt, dass die FUEN die türkischen Minderheiten/Gemeinschaften weiterhin unterstützen werde.

Die daran teilgenommenen Organisationen haben über die Entwicklungen berichtet, die sich innerhalb des letzten Jahres bei ihren Minderheiten/Gemeinschaften abgespielt haben. Im Zuge der Tagung zum Thema "Anspruch zum Erlernen der Muttersprache und die muttersprachliche Bildung" wurden die Minderheiten/Gemeinschaften innerhalb der FUEN und die Türken auf dem Balkan die Probleme in Bezug auf den Anspruch zum Erlernen der Muttersprache und auf die muttersprachliche Bildung zum Ausdruck gebracht und zwar dort, wo sie leben.

Unter der Kenntnissetzung vom FUEN-Vizepräsidenten Halit Habip Oğlu wurde die im Laufe des Jahreskongresses 2016 der FUEN vorgenommenen Satzungsänderungen und Änderungen der Verordnung über Arbeitsgruppen besprochen. Die Verordnung über Arbeitsgruppen innerhalb der FUEN wurde einstimmig angenommen. Nachdem die Aktivitäten des Jahres 2017 und die Planung über die Vorgehensweise erörtert wurden, kam die Tagung damit zu ihrem Abschluss.

ABTTF reichte eine schriftliche Erklärung an den UN-Menschenrechtsrat ein

In der dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingereichten schriftlichen Erklärung brachte die ABTTF das Mufti-Problem der türkischen Minderheit und die in dieser Beziehung in jüngster Zeit geschehenen Entwicklungen auf die Tagesordnung.

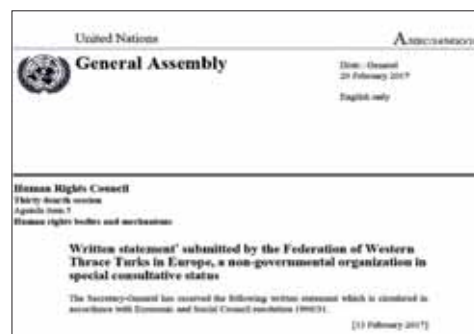
Die Föderation der West-Thrakien Türken (ABTTF) hat der 34. regulären Sitzung des UN-Menschenrechtsrats vom 27. Februar bis 24. März 2017 in Genf eine schriftliche Erklärung mit der Überschrift "Wahlfreiheit zur eigenen religiösen Führungskraft und der in Griechenland seit geraumer Zeit andauernde Mufti-Konflikt" eingereicht. Die ABTTF hat in ihrer schriftlichen Erklärung zum Ausdruck gebracht, dass der Rechtsstatus der in Griechenland lebenden türkischen Minderheit mit der Ratifizierung des Lausanner Friedensvertrags von 1923 festgelegt und die religiöse Autonomie dieser Minderheit anhand dieses Vertrags unter Garantie gestellt wurde. Somit hat die ABTTF unterstrichen, dass die Minderheit Recht darauf habe, ihre eigenen religiösen Institutionen zu gründen, zu verwalten und zu kontrollieren sowie ihre Religion in freier Weise zu praktizieren.

In ihrer schriftlichen Erklärung brachte die ABTTF die Entstehung des Mufti-Konfliktes im Zuge des historischen Prozesses detailliert zum Ausdruck und fügte hinzu, dass man die Muftis in Komotini, Xanthi sowie in Didymoticho mittels einer Rechtsverordnung des Staatspräsidenten mit Gesetzeskraft vom 24. Dezember 1990 und gegen den Athener Vertrag von 1913 sowie den Lausanner Friedensvertrag von



1923 zum Mufti-Amt ernannt hatte. Daraufhin hat die türkische Minderheit in West-Thrakien ihre eigenen Muftis selbst gewählt, die jedoch seitens der griechischen Regierung nicht anerkannt und nach einer Gerichtsverhandlung zu einer Haftstrafe verurteilt wurden, und zwar mit der Rechtfertigung, die religiösen Symbole gesetzwidrig verwendet zu haben

Nach Ansicht der ABTTF erlebt man in West-Thrakien gegenwärtig ein Dilemma und zwar die seitens der griechischen Regierung ernannten Muftis einerseits und durch die türkische Minderheit in West-Thrakien gewählten Muftis andererseits. Mit Inkrafttreten des sog. "240 Imam Gesetzes" im Jahre 2013 in Griechenland wurden 240 Geistliche als Vertragsbeamte in den staatlichen Schulen und Moscheen in West-Thrakien eingesetzt, die den ernannten Muftis unterliegen. Die ABTTF vermerkte weiterhin, dass ein ernannter stellvertretender Mufti in Didymoticho aus dem Dienst entlassen und an seine Stelle wiederum ein stellvertretender Mufti als Vertreter ernannt wurde. Den Zeitungskommentaren zufolge soll die griechische Regierung die ernannten Muftis in Komotini und Xanthi aufgefordert haben, ihren Rücktritt aus ihren Ämtern zu erklären, damit ihre freigewordenen Stellen durch vorläufige Ernennungen besetzt werden können. Jedoch sollte die griechische Regierung im Anschluß daran vorgehabt haben, die neuen



Muftis, welche seitens der gemäß dem '240 Imam Gesetze' als Vertragsbeamten beauftragten Geistlichen gewählt werden müssen, an die o.e. Stellen der Mufti-Amter in Komotini, Xanthi und Didymoticho zu ernennen

In ihrer schriftlichen Erklärung hat die ABTTF unterstrichen, dass die Religionsfreiheit der türkischen Minderheit seitens der griechischen Regierung offensichtlich verletzt wurde und forderte die griechische Regierung gleichzeitig dazu auf, sich gemäß dem Lausanner Friedensvertrag von 1923 und dem Athener Vertrag von 1913 zu verhalten und der Minderheit die Möglichkeit zur Wahl ihrer eigenen Religionsführer, also die Muftis in freier Weise zu genehmigen sowie diese anzuerkennen. Darüber hinaus forderte sie von der griechischen Regierung, das sog. 240 Imam-Gesetz-Nr. 4115 von 2013 rückgängig zu machen und einen Mechanismus zu einem offiziellen Dialog zwischen den Regierungsbehörden Griechenlands und der Minderheit herzustellen.

Dies seitens der ABTTF an die 34. reguläre Sitzung des UN-Menschenrechtsrats eingereichte schriftliche Erklärung ist unter dem folgenden Link verfügbar:

<https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/035/60/PDF/G1703560.pdf?OpenElement>

ABTTF zu einem Arbeitsbesuch in Straßburg

Die ABTTF, ROISDER und VATAN, die alle Mitgliedsorganisationen der FUEN sind, brachten während der Treffen mit den PACE-Mitgliedern und Funktionären des Europarates die Probleme ihrer eigenen Volksgruppen zum Ausdruck.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) war im Rahmen der Wintersitzung 2016 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) zu einem Arbeitsbesuch in Straßburg. Während des vom 26.-27. Januar 2016 stattgefundenen Arbeitsbesuchs wurde Halit Habip Oğlu, Präsident der ABTTF und Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) durch Prof. Dr. Mustafa Kaymakçı, Vorsitzender des Kultur- und Solidaritätsvereins der Türken auf Rhodos, Kos und den Dodekanes-Inseln (ROISDER) als Vertreter der auf den Inseln Rhodos und Kos lebenden Türken sowie Zhavid Aliev, Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft der Turk-Mescheten „VATAN“ als Vertreter von Turk-Mescheten begleitet.

Die Delegation, die in Straßburg Gespräche auf hoher Ebene führte, traf sich dort mit dem Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland und dem Außenminister der Republik Türkei und ehemaligen PACE-Präsident Mevlüt Çavuşoğlu. Ferner traf sich ABTTF-Präsident Habip Oğlu mit Mustafa Abdülcemil Kirimoğlu, Anführer der Krimtataren und Abgeordneter im ukrainischen Parlament.

Im Laufe des Arbeitsbesuchs führten die Vertreter der türkischen Minderheit von West-Thrakien, der auf Rhodos



und Kos lebenden Türken sowie der Turk-Mescheten mit den PACE-Mitgliedern und Funktionären des Europarates eine Reihe von Gesprächen. Die Delegation traf sich in diesem Rahmen mit Viorel Riceard Badea, Vorsitzender des PACE-Unterausschusses für die Rechte der Minderheiten, Vusal Huseynov, stellvertretender Leiter der nationalen Delegation Aserbaidschans bei PACE, Boriss Cilevičs, Berichterstatter des PACE-Monitoring-Ausschusses für Georgien, Guguli Magradze, Mitglied der nationalen Delegation Georgiens, Stephanos Stavros, Exekutiv Sekretär der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), Alexander Guessel, Leiter der Direktion für politische Beratung des Europarates und Nikolaos Sitaropoulos, stellvertretender Direktor des Büros des Kommissars für Menschenrechte des Europarates.

ABTTF-Präsident Habip Oğlu brachte während der Gespräche neben den bestehenden Problemen der türkischen Minderheit von West-Thrakien bezüglich der Religions- und Bildungsautonomie auch die aktuellen diskriminierenden Praktiken seitens der griechischen Behörden gegen die Minderheit zum Ausdruck. Prof. Dr.

Kaymakçı, Vorsitzender des Vereins ROISDER, erklärte als Vertreter der türkischen Minderheit auf Rhodos und Kos, dass die auf den Inseln Rhodos und Kos lebenden Türken aufgrund dessen nicht als eine Minderheit anerkannt worden sind, da die Dodekanes-Inseln zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Lausanner Friedensvertrags nicht zu Griechenland gehörten. Als Schlussfolgerung brachte er die Probleme über die Bildung in Muttersprache und die Wahl eigener Religionsoberhäupter der Minderheit zur Sprache. Des Weiteren sprach er den heutigen sehr schlechten Zustand der historischen Werke und Bauten aus dem kulturellen Erbe des Osmanischen Reiches an. Hierbei wies VATAN-Vorsitzender Aliev als Vertreter der Turk-Mescheten, die 1944 durch Joseph Stalin ins Exil verbannt worden sind, auf die Verpflichtung zur Gewährleistung derer Rückkehr in ihr Vaterland Akhaltsih (Samtskhe-Javakheti) hin, welche Georgien zum Zeitpunkt seiner Mitgliedschaft des Europarates übernommen, jedoch bis heute nicht umgesetzt hat. Da die Rückkehr der Turk-Mescheten immer noch nicht erfüllt wurde, brachte er VATANs diesbezügliche Ansprüche zum Ausdruck.

Religiöse Autonomie der West-Thrakien Türken seitens der griechischen Regierung Schritt für Schritt vernichtet

Halit Habip Oğlu: „Als West-Thrakien Türken sind wir verpflichtet, unsere vertraglich garantierte Autonomie im Religionsbereich mit den uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln und im Rahmen der rechtsstaatlichen Regel bis zum Letzten zu verteidigen, bevor die griechische Regierung die Sache erneut als vollendete Tatsache präsentieren kann.“

Die griechische Regierung bildete eine Kommission bezüglich der Funktionsweise der Muftis in West-Thrakien, wo die türkische Gemeinschaft lebt, gebildet. Laut der Nachricht der Zeitung Gündem besteht diese Kommission, die nach der Entscheidung des griechischen Ministers für Bildung Kostas Gavroglu zwecks Modernisierung der Funktionsweise und Anhebung des Niveaus der Mufti-Ämter gegründet wurde, aus vier griechischen Bürokraten, worunter sich jedoch kein einziger Vertreter der türkischen Gemeinschaft von West-Thrakien befindet. In diesem Rahmen soll die stellvertretende Leiterin der Abteilung des Generalsekretariats für unterschiedliche Religionen und Konfessionen des griechischen Bildungsministeriums Eleni Anastasopulu, die an die Koordinierungsstelle dieser Kommission ernannt wurde, die Mufti-Ämter in Xanthi, Komotini und Didymoticho aufsuchen, um einen entsprechenden Bericht über die Funktionsweise der Mufti-Ämter und deren Zuständigkeit der Rechtsprechung zu erstellen und diesen dem Bildungsminister Gavroglu zu präsentieren.

Im Zusammenhang mit dieser Thematik sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF): „Die griechische Regierung hat zuerst die Religionslehrer, die gemäß dem 240 Imam-Gesetz als vertragsmäßig gebundene Beamte



eingestellt wurden, unter dem ‚Verein der Religionslehrer aus Rodopi-Evros‘ organisiert. Anschließend haben die Führungskräfte dieses Vereins den neuen stellvertretenden Mufti, der nach Entlassung seines bisherigen Amtskollegen an die dadurch frei gewordene Stelle in Didymoticho ernannt wurde, in seinem Büro besucht. Als nächster Schritt plant die griechische Regierung nun, die ernannten Muftis in Xanthi und Komotini aus ihrem Amt zu entlassen und die neuen Muftis in Komotini, Xanthi sowie Didymoticho durch die Religionslehrer, die in den staatlichen Schulen eingestellt worden sind, an ihre Stelle wählen zu lassen. Im Anschluss daran soll die griechische Regierung dafür sorgen, diese selbst zu ernennen. In der Zwischenzeit wurden gegen die Muftis, die wir als West-Thrakien Türken selbst gewählt haben, zwei verschiedene Prozesse eingeleitet, und zwar mit der Behauptung, das jeweilige Mufti-Amt sich aneignet zu haben. Nun soll nach Aussage der griechischen Behörden eine neue Kommission zwecks Modernisierung der Funktionsweise und Anhebung des Niveaus der Mufti-Ämter in West-Thrakien gebildet werden. Jedoch befindet sich in dieser Kommission kein einziger Vertreter aus den West-Thrakien Türken, obwohl die Mufti-Thematik unmittelbar die Gemeinschaft der West-Thrakien Türken angeht. Es ist auch ein sehr bemerkenswerter Zufall, dass die Gründung dieser Kommission kurz nach der im vergangenen März in Athen stattgefundenen Podiumsdiskussion geschah, an der die religionsgesetzlichen Befugnisse der Muftis in Frage gestellt wurden. All diese in jüngster Zeit geschehenen Ereignisse deuten darauf hin, dass die griechische Regierung ihren niederträchtigen Plan Schritt für Schritt in die Wege leitet, um die religiöse Autonomie

der türkischen Gemeinschaft von West-Thrakien ganz aus der Welt zu schaffen. Als ABTTF haben wir einen Brief in Bezug auf diese Angriffe, die gegen unsere Autonomie im Bereich der Religion gerichtet sind, geschrieben und diese an die internationalen Institutionen weitergeleitet. Als Antwort auf unseren Brief hat die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) in ihrer schriftlichen Pressemitteilung die Haltung gegen die gewählten Muftis, Ahmet Mete in Xanthi und İbrahim Şerif in Komotini mit Nachdruck verurteilt und zum Ausdruck gebracht, dass sie gegen unsere beiden Muftis erhobenen Prozesse als Beobachter hautnah verfolgen wird. In ihrer schriftlichen Erklärung hat die FUEN auch die strafrechtlichen Verfolgungen gegen die West-Thrakien Türken als Einschüchterungs- und Unterdrückungsmittel an den UN-Menschenrechtsrat vorgetragen. Unser Land Griechenland war aufgrund dieser schriftlichen Mitteilung ziemlich gestört und hat mit einer vom diplomatischen Stil weit entfernten groben Sprache mich als stellvertretender Vorsitzender der FUEN wie ein Zielscheibe dargestellt. Griechenland hat übrigens der FUEN vorgeworfen, als eine Zivilgesellschaftsorganisation der türkischen Regierung Dienste zu erweisen. Weg von den Realitäten und Diplomatie hat unser Land Griechenland mir persönlich, der sich um die Rechte der West-Thrakien Türken bemüht, und der FUEN, die die West-Thrakien Türken unterstützt, schwere Vorwürfe gemacht. Im Lichte aller dargelegten Ereignisse müssen wir als West-Thrakien Türken mit allen demokratischen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, versuchen, unsere Religionsautonomie, die uns durch Verträge zugesichert sind, im Rahmen der rechtsstaatlichen Regeln bis zum Ende zu verteidigen, bevor die griechische Regierung uns diese erneut als wiederum vollendete Tatsache präsentieren kann.

Foto: www.gundemgazetesi.com

FUEN verurteilte die Haltung der griechischen Behörden gegen die gewählten Muftis der West-Thrakien Türken

FUEN sicherte dem gewählten Mufti von Xanthi Ahmet Mete und dem gewählten Mufti von Komotini İbrahim Şerif ihre feste Unterstützung zu.

Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), deren ordentliche Mitgliedschaft die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) verfügt, brachte in einer Pressemitteilung ihre große Sorge zum Ausdruck, dass sich die jüngsten gerichtlichen Strafverfolgungen gegen die Vertreter der in der Region West-Thrakien in Griechenland lebenden türkischen Gemeinschaft in einen politischen Einschüchterungs- und Unterdrückungsapparat umwandeln. Die FUEN vermerkte, dass dem gewählten Mufti von Xanthi Ahmet Mete die widerrechtliche Aneignung des Mufti-Amtes vorgeworfen wird, und er am 20. Juni 2017 in Thessaloniki vor Gericht stehen muss. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde wiederum aufgrund "der widerrechtlichen Aneignung des Mufti-Amtes" eine Anklage gegen den gewählten Mufti von Komotini İbrahim Şerif erhoben, so die FUEN.

In ihrer Pressemitteilung brachte die FUEN weiterhin zum Ausdruck, dass die Staatsanwaltschaft in Xanthi gegen den gewählten Mufti Ahmet Mete und den Imam im Dorf Glafki (Gökçepınar) einen Prozess aufgrund ihrer Handlungen während der Beerdigung eines jungen Soldaten, ein Angehöriger der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, der während der Ableistung seines Militärdienstes bei der griechischen Armee ums Leben kam, am 14. Juli 2016 im Dorf Glafki



(Gökçepınar) in die Wege leitete. Weiterhin stand in der Pressemitteilung der FUEN, dass der gewählte Mufti von Komotini İbrahim Şerif auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Komotini am 16. März 2017 zum Polizeipräsidium einbestellt wurde, wo er seine Gerichtsakte der gegen ihn erhobenen Klage abholte.

Die FUEN brachte ihr Bedauern zum Ausdruck, dass das Recht der West-Thrakien Türken auf die Selbstbestimmung ihrer eigenen Muftis, die als ihre Religionsoberhäupter gelten, seitens der griechischen Regierung durch die staatliche Ernennung seit 1990 widerrechtlich weggenommen wurde, und erklärte, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien die ernannten Muftis nicht anerkannt und ihre eigenen Muftis als Religionsoberhäupter in Xanthi und Komotini selbst gewählt hat, die jedoch durch die griechische Regierung leider nicht anerkannt werden. Sogar wurden diese gewählten Muftis in der Vergangenheit vor Gericht gebracht und zur Gefängnisstrafe verurteilt, mit dem Vorwurf, religiöse Symbole widerrechtlich verwendet zu haben, so die FUEN. Die FUEN verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass neben



der in Griechenland dominierenden Religion östlich-orthodoxe Kirche aber auch der jüdische Zentralrat und die katholische sowie evangelische Kirche die volle Freiheit genießen, um ihre religiösen Oberhäupter selbst wählen zu dürfen.

Die FUEN forderte die griechischen Behörden gemäß dem Athener Vertrag von 1913 und seinem 3. Protokoll dazu auf, die autonome Struktur der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bereich der Religion keinen Schaden zuzufügen: "An dieser Stelle verurteilen wir die Handlung der griechischen Behörden gegen den gewählten Mufti von Xanthi Ahmet Mete und ebenfalls gegen den gewählten Mufti von Komotini İbrahim Şerif, und bieten ihnen unsere Unterstützung an. In einer festen Solidarität mit der türkischen Gemeinschaft werden wir die Prozesse gegen Ahmet Mete und İbrahim Şerif weiterhin beobachten, und die Entsendung einer Delegation als Beobachter zur Verfolgung ihrer Prozesse erwägen", teilte die FUEN in diesem Zusammenhang mit.

Die Pressemitteilung der FUEN ist unter dem folgenden Link verfügbar: <https://www.fuen.org/news/single/article/condemnation/>



Die historische Moschee in Didymoticho beim ausgebrochenen Brand schwer beschädigt

Halit Habip Oğlu: „Wir fordern die Behörden Griechenlands dazu auf, zu veranlassen, so dass die Ursache des ausgebrochenen Feuers in der Çelebi Sultan Mehmet (Beyazıt) Moschee, die als historisches Kunstwerk unter dem Schutz des griechischen Kulturministeriums steht, so bald wie möglich festgestellt wird, und die Verantwortlichen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.“



soll der Brand auf dem Dach, wo die Schweißarbeiten durchgeführt wurden, ausgebrochen und sich innerhalb kürzester Zeit auf die ganze Dachfläche ausgebreitet haben. Die aus Didymoticho und den umliegenden Städten kommenden Feuerwehrkräfte waren aufgrund des Ausmaßes der Flammen nicht imstande, den Brand in Griff zu bekommen und das Feuer zu löschen. Aus diesem Grund haben die Löscharbeiten lange Stunden in Anspruch genommen. Die daraus entstandenen Flammen haben den Schildern der Geschäfte, die sich mehrere Metern weit von der Brandstelle befanden, Schaden zugefügt.

Die 600-jährige Çelebi Sultan Mehmet (Beyazıt) Moschee im Stadtzentrum von Didymoticho stellt eine der wichtigsten türkisch-islamischen Kunstwerke auf dem Balkan und in Europa dar. Außerdem verfügt diese Moschee noch

über die Eigenschaft, die erste seitens des Osmanischen Reiches in Europa gebaute Moschee zu sein.

„Es hat uns sehr tief getroffen, dass die historische Çelebi Sultan Mehmet (Beyazıt) Moschee in Didymoticho, die als eine der wichtigsten Kunstwerke des Osmanischen Reiches gilt, beim entstandenen Brand Schaden im großen Ausmaß erlitten hat. Diese seit 6 Jahrhunderten existierende Moschee stellt mit Sicherheit eines der schönsten Beispiele des gemeinsamen Kulturerbes unseres Landes Griechenland und unseres Mutterlandes Türkei dar. In diesem Zusammenhang fordern wir die griechischen Behörden dazu auf, zu veranlassen, so dass die Ursache des Brands in der Çelebi Sultan Mehmet (Beyazıt) Moschee, die als historisches Kunstwerk unter dem Schutz des griechischen Kulturministeriums steht, so bald wie möglich festgestellt wird, und die Verantwortlichen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

Am 22. März 2017 gegen Frühmorgen wurde in der Çelebi Sultan Mehmet (Beyazıt) Moschee in Didymoticho, eine Kreisstadt der Provinz Evros, das Feuer ausgebrochen. Beim Brand dieser Moschee, dessen Ursache bis jetzt noch nicht endgültig geklärt ist wurden das gesamte Dach, was insgesamt aus einer hölzernen Konstruktion bestand, und der größte Teil der inneren Räumlichkeiten der Moschee vernichtet, in der kein Gottesdienst stattfand und die Renovierungsarbeiten in den letzten zwei Jahren weitergingen.

Laut dem Bericht der Zeitung Gündem

*Foto: www.gundemgazetesi.com

ABTTF-Newsletter

ABTTF - NEWSLETTER

Für Abonnement
und weitere Informationen
wenden Sie sich an unsere Internetseite
www.abtff.org

oder an die Telefonnummer
0049 2302 91 32 91

ABTTF

Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Federation of Western Thrace Turks in Europe
Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τούρκων Δυτικής Θράκης
Federation des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

ABTTF Head Office

Wemerstr. 2, D-8454 Witten Germany
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

ABTTF Brussels Office

Square de Meeûs 38/40 B-1000 Brussels Belgium
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Fax: +32 (0) 2 401 68 68

Redaktionsleiter: K. Engin Soyylmaz Editor: Mustafa Veli